

Überlegung an die Verwendbarkeit des alten Zahlungsplanes glauben könnte.

Das Gutachten der Sachverständigen soll an die Stelle dieses Zahlungsplanes treten. Dieses Gutachten ist ausgearbeitet von Amerikanern, während jener erste Plan einer europäischen Vereinbarung war.

Die Tatsache, daß ein amerikanischer Schiedsspruch die Grundlage bilden auch für die Regelung des europäischen Angelegenheits beweist, daß Europa nicht mehrfähig ist, aus eigener Kraft seiner Schwierigkeiten Herr zu werden. Diese Kapitulation ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu weinen. Amerika spielt heute Europa gegenüber die Rolle, die Englands ehemalige Kompanie im Anfang den indischen Rästen gegenüber weiter. Die Abgänger der Kompanie vertraten nur rein wirtschaftliche Belange, aber sie erzielten dadurch politische Wirkungen von ungeheurer Tragweite. — Dies ist die weltpolitische Bedeutung der zweiten Konferenz von London: Sie bringt das Gleichgewicht, daß der Weltkrieg das Zentrum der Macht von der Ostküste zur Westküste des Atlantischen Ozeans verschoben hat.

Diese Tatsache bestimmt die Stellung der Staaten am zweiten Konsortium. Amerika fühlt wohl, daß hier nur ein Anfang ist, daß es noch seine reichen Räume zu erneut gibt. Von Amerika aufgestellt würde nur die natürliche Entwicklung stehen. So kann man die beiden Sachverständigen des westlichen Kontinents in London, aber sie sind dort nur „Beobachter“, sie werden nur sprechen, wenn die Belange Amerikas im Fokus kommen. — Englands Vertreter, an ihrer Spur der Arbeitserfüllung und Kriegsgegner Macdonald, kann es nicht mit dem Ziel des Völkerbundes, das ja nicht nur Garantie des Friedens, sondern zugleich den Zusammenhalt aller Trümmer von Macht bedeuten würde, die Europäische Union besichtigt. So fordert Englands Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund, Übertragung der Rechte der Militärkontrolle und der Reparationskommission an den Völkerbund oder das hohes Schiedsgericht. Ein Völkerbund, der wirklich alle europäischen Staaten umfaßt, wäre nicht nur ein wichtiges Gegen- gewicht Amerikas gegenüber, sondern auch ein Rahmen, in dem Frankreich seine gesellschaftlichen Formen annehmen könnte. Der Völkerbund wäre der Weg, auf dem das europäische Gleichgewicht wiederhergestellt werden könnte, jenes Gleichgewicht, durch das England seit Tausend Jahren europäischen Kontinent beherrschte — bis Lord Georges „Knout-out-Politik“ gegenüber Deutschland diese Vorherrschaft selbstverständlich zerstörte.

Frankreich freilich hat keine Ursache, durch ein erst zu langsam wachsendes Bündnis (wie es der Völkerbund doch darstellen würde) sein Auge von Beobachtern und Verhandlungen zu zerstören, wodurch es heute tatsächlich den europäischen Kontinent beherrschte. So sieht für Frankreich an erster Stelle die Frage der „Sicherheit“, deren Aufschluß im Grunde nur der ist, wie die Militär-Maschine Frankreichs auf Kosten anderer Länder (Deutschlands und des englischen Kriegsgläubigers), der auf seine Hinsen warten mag, intact gehalten werden kann. Das Frankreich an den Verhandlungen gezwungen ist, seine wirtschaftliche Schwäche, Krankheit und Leidenschaft waren die Folgen des Kriegsverfalls, ihnen verdankt Herrriot seine Ministerpräsidentschaft. Herrriot kommt als Vertreter der Militärdiktatur Frankreichs, aber auch als Vertreter des notleidenden Arroganz; darin beruht die Zweckmäßigkeit seiner Anerkennungen.

„Armes Deutschland!“ Hinter seinem Vertreter steht seine Geldmacht und seine Wirtschaftsmacht. Man hat es also nicht einmal so notwendig gehalten, sich überhaupt einzuladen. Soll nun die zweite Konferenz von London wie die erste mit einem Tötakt enden, dessen Anerkennung ultimativ gefordert wird? Dazu wollen die Alliierten zunächst die größten Meinungsverschiedenheiten unter sich selbst beilegen, unter denen die bedeutendste ja eben die ist, wie man Deutschland behandeln soll? Ganz ist sicher: Ohne Deutschland ist eine Lösung der europäischen Frage nicht möglich. Die Mitarbeit Deutschlands aber kann nur gewonnen werden in Freiheit und Gleichberechtigung.

Zyt.

Amerikas eindeutige Stellungnahme

Paris, 15. Juli. Die Pariser Ausgabe der „Daily-Mail“ veröffentlicht einen Artikel des Londoner Korrespondenten über die Ankunft Owen Youngs in London. Es heißt darin: Young sei vor seiner Abreise nach Europa in Unterredungen mit dem Präsidenten Coolidge, dem Staatssekretär Hughes, dem Schatzminister Mellon, dem General Dawes über die Instruktionen Kelloggs und Hogans dorthin informiert worden, die Vereinigten Staaten wünschten, daß alle politischen oder militärischen Maßnahmen vermieden würden, die den reinwirtschaftlichen Wert des Dawesplanes zerstören könnten. Die amerikanischen Aufzeichner würden mit größtem Misvergnügen sehen, wenn militärische oder politische Aktionen den wirtschaftlichen Maßnahmen vorgezogen würden. Die amerikanische öffentliche Meinung billigte den Sachverständigenplan nahezu einstimmig. Wenn die Alliierten und Deutschland die legale Durchführung des Dawesplanes befürworteten, so sei die Unterstützung der Vereinigten Staaten gesichert. Dagegen würde jedes Anzeichen einer Obstruktion die Washingtoner Regierung entmutigen, sich an dem Wiederaufbau Europas zu beteiligen. Was die Frage der interalliierten Schulden anbelange, so dürfe nach der unveränderten Stellungnahme der Vereinigten Staaten diese mit der Reparationsfrage nicht verknüpft werden. Die Vereinigten Staaten befürworten, daß abgesehen von England, keiner von ihren Schuldnern daran gedacht habe, seine Schulden zu konsolidieren, aber es werde auf sie keinerlei Druck ausgeübt werden, am wenigsten auf Frankreich. Was die Vereinigten Staaten wünschten, sei die Anerkennung der Verpflichtungen.

Belgische Gegenvorschläge in London

London, 15. Juli. Der Brüsseler Korrespondent der Times meldet, daß gestern unter dem Vorstoß von Thénard ein Ministrerrat abgehalten worden sei, der sich im wesentlichen mit der Prüfung gewisser Gegenvorschläge beschäftigte, welche die belgische Regierung in London machen werde, sowie mit der Erörterung der Fragen künftiger Verschreibungen von Seiten Deutschlands. Die belgische Regierung hat eine Abschrift des Briefes erhalten, den die Vereinigten Staaten an die enamele Regierung über die Vertretung Amerikas auf der Londoner Konferenz gesandt habe.

Die sozialistische Internationale nimmt Stellung

Amsterdam, 15. Juli. Gestern vormittag sind die Verbündeten des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der sozialistischen Internationale zusammengekommen, um zu der am 16. Juli beginnenden Londoner Konferenz Stellung zu nehmen. Für den Gewerkschaftsbund waren anwesend der Vorsitzende, die Vizevorsitzende und die Sekretäre, darunter Tassenbach, Deutschland, für die sozialistische Internationale der Sekretär Adler, Wien, und das Mitglied des Vollversammlungsausschusses Bell, England. Zum Ausdruck kamen Tassebich, Tassenbach, Vandervelde und Prendes, Belgien, und Viléte, Holland.

Annahme der Annuelle-Vorlage in Paris

Paris, 15. Juli. Die Nachsitzung der Kammer ist um 2 Uhr zu Ende gegangen. Die gesamte Annuelle-Vorlage ist mit 325 gegen 185 Stimmen zur Annahme gelangt. Die Kammer hat sich darauf bis zum 29. Juli verlängert.

Gegen die kirchliche Politik Herriotics

Paris, 15. Juli. (Tribüne) Der Verbund der katholischen Zentralinstitute Frankreichs veröffentlicht im „Echo de Paris“ einen Aufruf gegen die kirchliche Politik der Regierung, die im Grunde das Prinzip der Laienregierung und nach außen die Aufhebung der Katholiken auf dem Balkan durchsetzen wollte. Diese Politik werde schwerwiegend kritisiert, da sie der Sinnung im Lande durchaus widerspreche. Der Aufruf fordert alle Katholiken zum Pro-

Ein Beispiel in London Eine bedeutsame Unterhaus-Debatte

London, 15. Juli. Die mit so großer Spannung erwartete auseinanderpolitisches Debatte im Unterhaus wurde gestern durch Asquith und Baldwin eröffnet. Beide bekannten in ihren Ausführungen den Wunsch, daß während der Debatte nichts gesagt werde, was der Reparationskonferenz vorzugehen geeignet wäre.

Asquith

eröffnete seine Rede damit, daß er Macdonald an der Londoner Konferenz beglückwünsche. Sie bediente nach seiner Auffassung einen neuen Meilenstein im Bereich des Völkerbunds. Frankreich gab seinem Wunsche Ausdruck. Einzelheiten darüber zu erfahren, ob die Wahrscheinlichkeit besteht, daß sich die Vereinigten Staaten nunmehr an der Reparationskonferenz beteiligen, beobachteten. Er lege großen Wert darauf, daß Macdonald sich darüber äußere, ob er mit der französischen Regierung zu irgend einem Einvernehmen über die Räumung des Weisauer Vertrags nicht vorgehen solle. Erneut wurde die Sicherheit Frankreichs zu treffenden Maßnahmen gelangt. Es forderte Sicherheit und jede Garantie, die die englische Regierung für die Sicherheit Frankreichs mit diesem eingegangen ist, darf keine separate Maßnahme, sondern muß ein Teil eines allgemeinen Vertrages unter den Aufsichten des Völkerbundes sein. Die Frankreich angebotenen Sicherungen müssen zu denselben Bedingungen auch Deutschland zum Völkerbund angeschlossen werden und es sei offensichtlich, daß Deutschland zum Völkerbund zugestimmt. — Nach Asquith ergriff

Baldwin

das Wort. Er fragte gleichfalls, ob irgendwelche Ansicht bestünde, daß die Vereinigten Staaten eine ausladende Anmorte geben. Außerdem müsse er Gewissheit über die Frage der Saar haben. So wie er unterschied sei, werde die Londoner Konferenz ohne die Anwesenheit deutscher Delegierter eröffnet

Rußland auf der Septembertagung des Völkerbundes

Paris, 15. Juli. Nach einer Meldung des „Oeuvre“ wird auf der Septembertagung des Völkerbundes die Sowjet-Regierung durch Litvinow als Beobachter vertreten sein.

Die brasilianische Revolle

Eine Schlacht bei Santos

London, 15. Juli. Laut Nachrichten aus Montevideo und Buenos Aires, hat die Revolle auf São Paulo übergegriffen. Die aufständischen Truppen hielten die Regierungstruppen in Schach. Gegenwärtig findet ein Kampf 37 Meilen von Santos statt. Die einzige amtliche Nachricht besagt, daß die Regierungstruppen die aufständischen einschließen, sich aber irgendwelchen entscheidenden Schlachten entziehen.

Kein Eintritt Polens in die Kleine Entente

Kattowitz, 15. Juli. Der polnische Gesandte Dr. Gaber hat nach einer Prager Meldung nach einer Unterredung mit dem südosteuropäischen Außenminister Kuncic anlässlich der Konferenz der kleinen Entente erklärt, daß von einem Eintritt Polens in die Entente keine Rede sein könne.

Die Industrieobligationen

Die Verständigung über die Industrieobligationen ist, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, inzwischen im großen und ganzen erreicht. Voraussetzung war diese Kommission am weitesten mit ihren Arbeiten im Rückstand, nachdem der frühere französische Vorsitzende dem Fortgang der Dinge außerordentlich Schwierigkeiten bereitet hat. Es wurde erst anders, als der neutrale Sachverständige Wallenberg den Vorsitz der Kommission übernahm. Die Regelung bezog dieser Frage in den proßen Rahmen auf folgender Basis erreicht. Die Frage ob eine Gesamtbefreiung oder Einzelbefreiung Platz greifen soll, wurde dadurch gelöst, daß man die Verpflichtungen teilte. Und zwar wurden von den 5 Milliarden Industrieobligationen 4,5 Milliarden auf solidarische Gefreiung und 500 Millionen auf Einzelbefreiung übernommen. Diese Einzelbefreiung wird auf die, die nach der Vermögenssteuerveranlagung von 1923 sich ergebenen 120 größten Betriebe Deutschlands umgelegt, und zwar bis und auch nach dem Auslande gegenüber verbindlich, und zwar bis zu 10 Prozent, so daß also eine Überforderung durch ausländisches Kapital bez. dieser deutschen Betriebe nicht zu befürchten ist. Die Sammelbefreiung für die 4,5 Milliarden wird durch eine besondere Karte verwaltet, in welche die Obligationen als Anteile eingetragen werden und die Grundlage bilden für die Vergütung. Die Renten- und Versicherungsinstitutionen werden nicht zu der Haftung, dagegen zu dem etwa 300 Millionen zusätzliche jährlich anstehenden Aufwand herangezogen. Diese Regelung unterliegt jetzt noch der Entscheidung durch die zuständigen Räte.

Stillgelegte Betriebe

Mannheim, 15. Juli. Die gleiche Heinrich Lang in Mannheim macht ihrer Belegschaft durch Anschlag bekannt, daß sie sich neugewählt sehe, vom nächsten Sonntag an ihrem Betrieb stillzulegen und die gesamte Arbeiterrichtung von 5000 Mann zu entlassen. Ebenso soll bis zum nächstjährigen Termin sämtlichen Beamten gekündigt werden. Als Grund wird Geld- und Kreditmangel angegeben, dadurch hervorgerufen, daß die Arbeitnehmer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Auch die Autofirma Bugatti kündigt an, daß sie morgen zwei Drittel der Belegschaft ebenfalls wegen Geld- und Kreditmangel entlassen muss.

Wresau, 15. Juli. Die Röhrige der Schlesischen Eisenindustrie verzögert sich weiter. Beim Vorratshof wird der Auftragsbestand seit April dieses Jahres um etwa 60 Prozent zurückgegangen. Man erwacht bereits die völlige Betriebsentlastung. Beim Gleiwitzer Oberhafen sind einzelne Teile des Betriebes stillgelegt. Die Zillenbühne gibt ihr monatliches Défizit auf 200 000 Mark an. Trotz den Protesten der Gewerkschaften wollen die Arbeitgeber eine 20%ige Herabsetzung um 20 Prozent und Beißfall der Deputatschaft durchführen. Die Arbeitnehmer wollen sich an das Reichsarbeitsministerium um Permitterung wenden.

Eine Neuordnung für die Landwirtschaft

Berlin, 15. Juli. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat den Reichskommissar bei der Reichsgetreidestelle ermächtigt, auf Antrag von Fall zu Fall eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Ausfuhr von Getreide und Abfallprodukten aus Getreide zu erteilen. Der Antrag der genannten Erzeugnisse auf dem Inlandsmarkt ist in den letzten Wochen so außerordentlich schwierig geworden, daß in Abbruch der ständig wachsenden Notlage der Landwirtschaft, der Mühlen und des Handels eine Abgusstmöglichkeit geschaffen werden mußte. Bei der gewählten Art der Ausfuhrerleichterung ist es möglich, und auch beachtigt, das Maß der Ausfuhr zu begrenzen, wenn die Ausfuhr einen bedenklichen Umsatz annehmen sollte, eine Beschränkung, für die jedoch kein Anlaß vorliegt, da die Abgusstmöglichkeiten für deutsches Getreide und Mehl im Ausland sehr beschränkt sind.

werden. Deutschland würde eine Anleihe über vierzig Millionen Pfund gewährt werden, deren größter Teil in England aufgelegt werden würde. Die Gründung des deutschen Wirtschaftsmaartes würde aber für England eine ungeheure Konkurrenz bedeuten. Zum Schluß sprach er den Wunsch aus, der Ministerpräsident möge mit seiner Arbeit Erfolg haben. — Hierauf erhob sich Ministerpräsident

MacDonald

zur Erwidern und dankte den Bürgern der Opposition für ihre guten Wünsche. Wenn in dem Dauerguthaben Punkte vorstehen, die Deutschland zu Verpflichtungen zwingen, die im Vertrag nicht vorgesehen seien, so sei das eine Frage, die gegenwärtig noch den Sachverständigen zur Prüfung anheim gegeben sei. Dafür würden die Punkte beraten, bis sie vor die Reparationskonferenz kämen. Es könne keinen Frieden in Europa geben, bis nicht England und Frankreich einen Stand von Einigkeit erreicht hätten, der in den letzten Jahren leider gefehlt habe. Dieses Ziel zu erreichen, habe er bisher auf jede Weise versucht. Man müsse jedoch, während man bestrebt sei, Frankreich jede Sicherung nach dem Vertrag zu verschaffen, bemüht sein, zu verhindern, daß Frankreich die gesetzlichen Bestimmungen des Vertrages überschreitet. Es werde sein Bestes versuchen, eine vollständige Einigung zwischen England und Frankreich zu erreichen und dafür zu sorgen, daß den Kapitänen jede Sicherheit in Bezug auf Deutschland verschafft würde. Zu Beginn des Gesprächs erklärte Macdonald, es sei notwendig für Amerika auf dem vorgebrachten gesetzlichen Wege darüber zu bestimmen, ob ein offizieller Vertreter ernannt werde. Die Frage des Schiedsrichters am ICS Amerika sei in dem Konferenzprogramm als Alternative aufgenommen. Es wies weiter darauf hin, daß das Abkommen von Spa auf der Londoner Konferenz nicht wieder erörtert würde. Es würde kein Sanctionsprogramm, sondern nur ein allgemeiner Interessen-Interessengesamtprogramm festgestellt werden.

Keine Auflösung des Braunschweiger Landtages

Braunschweig, 15. Juli. Bei der gestern vorgenommenen Vorabstimmung über den Antrag der Reichsparteien auf Auflösung des Braunschweiger Landtages wurden nach dem bis jetzt vorliegenden Ergebnis ca. 14 000 Ja-Stimmen abgegeben. Nach der Bestimmung mühten von den 200 000 Wahlberechtigten Braunschweig ein Zehntel für den Antrag sein. Das endgültige Ergebnis ein Zehntel für den Antrag sein. Das endgültige Ergebnis ein Zehntel für den Antrag sein. Die Wahlbeteiligung war allerorts schwach.

Im Streit erstickten

Essen, 15. Juli. In der Schlesischen Straße wurde ein Arbeiter von einer Anzahl junger Burschen überfallen und erstickten. Als der Bruder des Überfallenen diesem zur Hilfe eilte, stießen die Burschen auch über ihn her und brachten ihm so schwere Verletzungen bei, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Die Polizei hat sieben der an dem Überfall beteiligten Personen festgenommen.

Die Börse

Berlin, 15. Juli. Die Berliner Bunt- und Börsenwelt steht bereits völlig unter dem Eindruck der Vorbereitungen zur Londoner Konferenz. Die gestrige Debatte im Unterhaus hat erneut die Schwierigkeiten bedeutet, mit denen Macdonald im eigenen Lande rechnen muß. Die außenpolitische Lage, wie auch die innerpolitische Situation Deutschlands, bedingt völlige Geschäftsfreiheit und Zurückhaltung der Börse. Entmobilisiert anhören die fortgesetzten Nachrichten über Stilllegung großer Industriebetriebe. Z. B. geht wieder der Firma Heinrich Lanz in Mannheim. Die Nachricht, daß das Organisationskomitee für die Goldnotenbank in Berlin ihre Beratungen beendet und den Entwurf an die Reparationskommission übergeben habe, wird zwar von der Bank mit Bekämpfung aufgenommen, hat aber auf die Börse keinen besonderen Einfluß. Nachdem die Börse in Krisenzeiten abgesetzt ist, scheint sich das Interesse der kleinen Spekulanten dem Markt der Städteantiken, Industrieobligationen und der Pionierbriefe zuwenden, da in diesen Papieren annehmend für Rechnung der Ausgabenstellen niedrige Rückläufe erfolgen. Die Lage des Gold- und Devisenmarktes ist ebenfalls unverändert.

Berliner Börse

	15.7.	14.7.
Teutsche Akt.	6	6
Teutsche Börseleben	6	6
Chem. Aktien	8125	75
St. G. Kr. Minenakt.	725	74
St. G. Kr. Minenakt.	1075	1075
St. G. Kr. Minenakt.	1075	1075
St. G. Kr. Minenakt.	4575	4575
St. G. Kr. Minenakt.	85	85
St. G. Kr. Minenakt.	78	8
St. G. Kr. Minenakt.	8125	8125
St. G. Kr. Minenakt.	47	47
St. G. Kr. Minenakt.	4525	4525
St. G. Kr. Minenakt.	25	25
St. G. Kr. Minenakt.	8625	8625
St. G. Kr. Minenakt.	2	2
St. G. Kr. Minenakt.	12	12
St. G. Kr. Minenakt.	12	12
St. G. Kr. Minenakt.	12	12
St. G. Kr. Minenakt.	35,5	35,5
St. G. Kr. Minenakt.	8	8
St. G. Kr. Minenakt.	—	—
Weltbank-Aktien	1875	1875
Weltbank-Aktien	6200	6375
Weltbank-Aktien	50	50
Weltbank-Aktien	10,25	10,25
W		